

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Nicolette Kressl, Joachim Poß, Ingrid Arndt-Brauer, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, Martin Gerster, Iris Gleicke, Petra Hinz (Essen), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Bernd Scheelen, Dr. Angelica Schwall-Düren, Dr. Carsten Sieling, Manfred Zöllmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/1720, 17/1803, 17/2472 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, sich gemeinsam mit der französischen Regierung für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer einzusetzen.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihm über Zeitplan und Inhalt der gemeinsamen Initiative zu berichten.

Berlin, den 6. Juli 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Die Finanztransaktionssteuer ist ein geeignetes Instrument, um den Finanzsektor an den Belastungen der von ihm mitverursachten Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland und weltweit zu beteiligen. Auf dem Gipfel der G20-Staats- und Regierungschefs am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto konnte keine Einigung über die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer erzielt werden.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesminister der Finanzen nach dem G20-Gipfel erklärten, sich nunmehr gemeinsam mit der französischen Regierung für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

